

**Bekanntmachung
über die vorübergehende Festlegung eines Gebietes mit Flugbeschränkungen
aufgrund von Lasererprobungen****vom 29. Mai 2026**

Auf Grund § 17 Absatz 1 Satz 2 der Luftverkehrs-Ordnung in der Fassung vom 29. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1894), zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 18. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 347), legt das Bundesministerium für Verkehr Folgendes fest:

Als Schutzmaßnahme wird im Fluginformationsgebiet Bremen für die Erprobung eines Lasers vorübergehend folgendes Gebiet mit Flugbeschränkungen festgelegt:

„ED-R Babelsberg“

1. Räumliche Ausdehnung und zeitliche Wirksamkeit**1.1 Seitliche Begrenzung**

Kreis mit 1 NM Radius um 52 24 18 N 013 06 08 O.

1.2 Vertikale Begrenzung

GND - FL500.

1.3 Zeitliche Wirksamkeit

Vom 08. Juni 2026 bis zum 09. Juni 2026 jeweils täglich von 20:00 bis 23:59 Uhr UTC.

2. Art der Flugbeschränkungen

In dem vorstehend beschriebenen Gebiet mit Flugbeschränkungen sind alle Flüge einschließlich des Betriebs von Flugmodellen und unbemannten Luftfahrtsystemen untersagt.

Von den Flugbeschränkungen ausgenommen sind Flüge der Polizeien, Einsatzflüge der Bundeswehr, Flüge im Rettungs- und Katastrophenschutz und Ambulanzflüge. Diese Flüge können von der zuständigen Flugverkehrskontrollstelle genehmigt werden, wenn bei aktivem Laserbetrieb vor dem Einflug eines solchen Fluges die Einstellung des Laserbetriebes durch die zuständige Flugverkehrskontrollstelle veranlasst wurde und die den Laser betreibende Gesellschaft die Abschaltung bestätigt hat. Anderen Flügen kann während der Aktivierungszeiten des Gebietes eine Durchfluggenehmigung erteilt werden, sofern kein Laserbetrieb in dem Gebiet stattfindet.

Durchfluggenehmigungen durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung nach § 17 Absatz 2 Satz 1 LuftVO werden nicht erteilt.

Anfragen zum Durchflug im Einzelfall (nach § 17 Absatz 2 Satz 1 LuftVO) können über Sprechfunk an die zuständige Flugverkehrskontrollstelle gestellt werden.

3. Zuwiderhandlungen

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehend angeordneten Flugbeschränkungen werden nach § 62 des Luftverkehrsgesetzes strafrechtlich verfolgt.

4. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Bekanntmachung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin, erhoben werden.

Bonn, den 29. Mai 2026

Bundesministerium für Verkehr
LF17/601080104#00012#0119

Im Auftrag
Brill

